

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 zeilbaltende Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Ein dritter Versuch zur Regierungsbildung.

Lochspigelarbeit.

Rechtsstehende Berliner Blätter vom Schlage der Täglichen Rundschau und der Deutschen Tageszeitung veröffentlichten gestern ein Flugblatt, das die Unterschriften trägt: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins, Gewerkschaftskommissionen Groß-Berlins, Betriebsrätezentrale Groß-Berlins, und in dem zum Generalkreis und zur Bewahrung der Arbeiterschaft aufgeföhrt wird. Der Kampf soll „über das ganze deutsche Reichsgebiet erstreckt und auch von uns nach einem einheitlichen Plan geführt werden.“

Wie aus Berlin berichtet wird, ist ein solches Flugblatt tatsächlich verbreitet worden. Es ist aber bereits festgestellt, daß sämtliche Unterschriften gefälscht sind. Es handelt sich also wieder einmal um eine Lochspigelarbeit schlimmster Sorte. Die Arbeiterschaft kann nicht dringend genug gewarnt werden.

Die internationale Anleihe für Deutschland.

Paris, 14. Juni. Wie verlautet, ist die Beratung der internationalen Kommission, die die internationale Anleihe an Deutschland vorbereitet, beendet. Die Anleihe werde in Höhe 5 Milliarden Frank betragen und solle bis auf 15 Milliarden erhöht werden können. Weiter sollten Deutschland große Mengen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Der gesamte Kredit solle mit der von Deutschland zu zahlenden Schadenvergütung verrechnet werden Hauptbedingung für diese Anleihe sei, daß die deutsche Finanz- und Steuerverwaltung unter die Aufsicht der Berliner Entente-Kommission gestellt werde.

Landtagswahlen in Mecklenburg.

Rostock, 14. Juni. Vorläufiges Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten mit Ausnahme des noch ausstehenden Ergebnisses von Dömitz:

Deutschnationale Volkspartei 42 909, Deutsche Volkspartei 43 879, Wirtschaftsvereingung 13 072, Demokraten 15 162, Mehrheitssozialisten 77 230, Unabhängige 29 029, Kommunisten 1004. Demnach entfallen voraussichtlich auf die Deutschnationalen 9, Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsband 3, Demokraten 3, Mehrheitssozialisten 15, Unabhängige 6 Sitze, Kommunisten kein Sitz.

Ende des Generalstreiks in Nordschleswig.

Die am Sonnabend in Apenrade unter dem Vorhild des Administrators Haardt geföhrt Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der ersten Zone in Nordschleswig haben zu einer Einigung geföhrt. Der Generalausschuss wurde daraufhin heute für beendet erklärt, und die Arbeit wird am Montag, spätestens am Dienstag, wieder aufgenommen werden.

Neue Ausschreitungen der Franzosen in Gleiwitz.

Bürgerliche Blätter berichten aus Gleiwitz, daß sich dort am Sonnabend mehrere Gymnasialisten lächelnd über die auffällige Uniform eines schottischen Soldaten unterhielten. Darauf übersprangen Franzosen des Jaun des Turnplatzes und stießen mit Seitengewehren auf die hilflosen Schüler ein. Ein Oberprimaner und zwei Sekundaner wurden schwer verletzt. Der Oberprimaner erhielt einen lebensgefährlichen Bauchschuß und wird nach Aussagen der Ärzte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Verwundeten wurden in französischen Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Wolffs Bureau bringt dazu noch folgende Meldung:

Die Abkommungskommission für Deutschland hat infolge der gestrigen blutigen Vorgänge an die amerikanische, die englische und die italienische Botschaft in Berlin sowie an die deutsche Regierung in Opatowitz ein Protesttelegramm gesandt, in dem sie dringend bittet, für die Entfernung der bisherigen Besatzungstruppen Sorge zu tragen, da nur so dem oberstehenden Volke die ersehnte Ruhe gebracht werden könne. Die Franzosen haben sich bisher wegen der blutigen Tat nicht entschuldigt. Der Schüler Reß wurde gestern operiert; die Ärzte hoffen, ihn am Leben zu erhalten.

Vollstrecktes Todesurteil.

München, 14. Juni. Das Urteil des Volksgerichts München I, durch welches der Metzger und Schweizer Heinrich Walfeshauser wegen Beteiligung am Geiselmord zum Tode verurteilt worden war, ist gestern vom Ministerrat bestätigt und heute vormittags 9 Uhr vollstreckt worden.

Die Mühlen der bürgerlichen „Gerechtigkeit“ mahlen schnell und erbarmungslos. Dieweilen rätelt sich Graf Arco, der Mörder

Eiseners, auf einem Sessel seines fideles Festungsgefängnisses und raucht Zigaretten. (Made in Germany)

Ebert „begnadigt“.

Amlich wird gemeldet: Von 451 durch die außerordentlichen Kriegengerichte des Ruhrgebiets verurteilten Personen sind Gnadengesuche eingereicht worden. Bisher sind 141 dieser Gesuche erledigt worden, und zwar hat der Herr Reichspräsident in 115 Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und in 26 Fällen das Gesuch abgelehnt. Die Entscheidung über die übrigen Gnadengesuche wird vom Reichsjustizministerium mit aller Beschleunigung vorbereitet und ist ebenfalls binnen kurzen zu erwarten. — Von den zahlreichen während der Unruhen im Ruhrgebiet verhafteten, im Sennelager und anderen Gefangenenjammellstellen untergebrachten Personen sind inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nur die gemelner oder schwerer Vergehen und Verbrechen Verdächtigen werden weiter in Haft gehalten.

Die Tatsache, daß in so vielen Fällen den „Gnaden“ gesuchten Rechnung getragen werden konnte oder mußte, beweist erneut, in welcher unangenehmster Weise die außerordentlichen Kriegengerichte gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets Urteile gefällt haben. Sie zeigt zugleich auch, wie hilflos die Anklagungsorgane waren, die die bürgerliche Presse fortgesetzt gegen die Arbeiterschaft erhoben hat. Immer klarer wird erweisen, daß die Nachrichten über die Greuel und Schandtatzen der revolutionären Arbeiter zum größten Teil nichts anderes waren, als gemeine Verleumdungen, die in die Welt gesetzt wurden, um den militärischen Feldzug gegen das Ruhr-Proletariat zu rechtfertigen.

Die Regierungskrise in Oesterreich.

Aus Wien wird berichtet: An eine Erneuerung der Koalition wird nicht mehr gedacht. Die Besprechungen, die heute fortgesetzt werden, beschränken sich darauf, das gegenwärtige Kabinett als Uebergangskabinett bis zu dem im Oktober stattfindenden Neuwahlen zu erhalten. Sollte dies nicht gelingen, so ist ein Besamtenkabinett unter Leitung des Präsidenten des obersten Gerichtshofes in Aussicht genommen. Die Nationalversammlung soll noch das Wahlsystem nach deutschem Muster, die Vermögensabgabe und die Verfassungsreform erledigen.

Protestkundgebung der Volkswehr und der Arbeiterschaft.

Wien, 13. Juni. Die Volkswehr und die sozialdemokratische Arbeiterschaft veranstaltete heute vormittag vor dem Rathaus eine zahlreich besuchte Versammlung als Protest gegen den auf das Vertrauensmännersystem neuerdings gemachten Anschlag. Sämtliche Redner verwiesen auf die Verdienste der Volkswehr um die Sicherheit und Ruhe des Staates und wandten sich gegen jene Offiziere, die die alte Militärdiktatur wieder aufrichten wollten. Abg. Leutner erklärte, in der Frage der Soldatenräte würden die Sozialdemokraten nicht nachgeben. Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch legte die Geschnätsigkeit seines Entlasses über das Vertrauensmännersystem dar. Der sozialdemokratische Major Ottenreiter erklärte, die Soldatenräte seien solange nötig, als es Offiziere gebe, auf die sich die Republik nicht verlassen könne. Die Soldaten und Arbeiter marschieren nach dem großem Beifall aufgenommenen Neben am Parlament vorbei, worauf sich der Zug auflöste.

Die Konferenz von Spa.

Paris, 14. Juni. Die Konferenz von Spa ist nunmehr endgültig auf den 5. Juli festgesetzt. Es hängt alles von der Entscheidung Italiens ab. Mitterand ist entschlossen, nach Spa zu gehen, ungeachtet der Schwierigkeiten, denen er entgegensteht. Mitterand hat es vor allem mit der Gegnerschaft Poincarés zu tun, der von einer Fixierung der deutschen Entschädigung nichts wissen will.

Amerikanische Lebensmittel für Deutschland.

F. Wie die Moskische Zeitung mitteilt, hat das Handelsministerium der Vereinigten Staaten die deutsche Regierung benachrichtigt, daß ein Kredit von 45 Millionen Dollars mit Fleischexportfirmen vereinbart worden sei und daß die sofortige Verschiffung von Lebensmitteln nach Deutschland erfolgen könne.

Eine russische Arbeiterdelegation nach England.

Amsterdam, 15. Juni. (U.) Einer Moskauer drahtlosen Meldung zufolge wurde in einer Vollversammlung der allrussischen Gewerkschafts-Sowjets beschlossen, eine Abordnung der russischen Gewerkschaften nach England zu senden, um die englische Arbeiterbewegung, die Berufs- und politischen Organisationen des Landes und die Lage des englischen Proletariats zu studieren.

Zum Konflikt zwischen Ärzten und Krankenhäusern.

Berlin, 15. Juni. (U.) Der Hauptverband der deutschen Ortskrankenkassen teilt mit: Der Schiedspruch im Metzgerstreik ist von den Krankenkassen mit der Bedingung angenommen worden, daß Mindest- und Höchstätze für die Pauschalbeträge des Metzgerhonorars festgelegt werden. Zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertragslose Zustand bestehen.

Der Kuhhandel geht weiter.

Nachdem der Volksparteiler Dr. Heinze am Sonntagabend seine Mission als gescheitert angesehen hat, eine Regierung mit Einschluß der Rechtssozialisten zu bilden, hat er Ebert den „ehrenvollen“ Auftrag zurückgegeben. Mit besonderem Eifer hat die Presse berichtet, Herr Dr. Heinze habe zuerst, ohne Zustimmung mit andern Parteien, sich an die rechtssozialistische Partei gewandt. Es soll daraus geschlossen werden, daß die Deutsche Volkspartei einen ganz besonderen Wert darauf lege, gerade die rechtssozialistische Partei zur Mitarbeit in der Regierung zu gewinnen. Die Demokraten sehen darin eine Rechtfertigung ihrer bisherigen Koalitionspartei und heben hervor, daß die Wähler sich vollständig vergaloppiert hätten, indem sie statt die deutsch-volksparteilichen Vertreter wählten.

Es ist richtig, daß Herr Dr. Heinze sich zuerst an die rechtssozialistische Partei gewandt hat, daß er dies aber ohne Zustimmung mit andern bürgerlichen Parteien getan hat, ist schwer zu glauben. Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Volkspartei die sozialdemokratische Kulisse für ihre arbeitserfeindliche Politik ebenso gut zu schätzen weiß wie die Demokraten und Zentrumsleute. Die Situation ist eben für die bürgerlichen Parteien gleich schmerzlich, wenn sie eine reine Diktaturregierung der Bourgeoisie aufrichten wollen.

Nun hat Ebert den Zentrumsführer Trimborn beauftragt, die bewährten Zentrumskräfte bei der Regierungsbildung spielen zu lassen. Die wenigen Stunden, in denen Herr Trimborn tätig ist, zeigen die alte Gewandtheit der Zentrumsleute im politischen Kuhhandel. Ob es ihm freilich gelingt, der großen Schwierigkeiten Herr zu werden, muß abgewartet werden. Herr Trimborn kennt die Rechtssozialisten aus den langen Kriegsjahren genau und weiß, was mit ihnen anzufangen ist. Er hat sich denn auch schleunigst mit ihren Unterhändlern in Verbindung gesetzt, obwohl die Parteikonferenz am Sonntag beschlossen hat, für die Partei komme eine Fortsetzung der Koalitionspolitik des Zentrums und der Demokraten nicht mehr in Frage. Auf seine Frage, ob die Sozialdemokratie geneigt sei, mit dem Zentrum zusammen, oder unter Führung der Zentrums eine neue Regierung zu bilden, haben die beiden Unterhändler, Müller und Löbe, nicht so glatt verneint, wie Herrn Dr. Heinze gegenüber. Der Beschluß vom Sonntag ist schon wieder so umgebeutet worden, daß damit ein Eintritt in eine Koalitionsregierung gerechtfertigt erscheint. Wir hatten also am Sonnabend recht, als wir darauf hinwiesen, daß die Weigerung der Rechtssozialisten, in keine bürgerliche Koalitionsregierung mehr einzutreten, nur Augenpuder für die Deffentlichkeit war.

Herr Trimborn will nach den Meldungen versuchen, mit andern Parteien noch eine Koalition zustande zu bringen, d. h. er wird nunmehr mit den seinem politischen Flügel verwandten bürgerlichen Parteien zunächst Zustimmung nehmen. Die Deutschnationale Fraktion hat sich bereits auf den Besuch Trimborns eingerichtet. In ihrer Sitzung vom gestrigen Tage hat sie beschlossen, sich zur positiven Mitarbeit bereit zu finden, und was die Deutsche Volkspartei anlangt, so weiß das Berliner Tageblatt zu berichten, daß sie sich dem Abgeordneten Trimborn gegenüber zur Beteiligung an einer rein bürgerlichen, ja sogar einer Minderheitsregierung bereit erklärt habe. Als Bedingung für den Eintritt in die neue Regierung hat die Deutsche Volkspartei die Berufung von Fachministern und die Berufung eines Diplomaten auf den Posten des Außenministers gestellt. Also mit der sogenannten parlamentarischen Mehrheitsregierung will die Deutsche Volkspartei aufräumen und die nackte Diktatur aufrichten. Diese Tatsache muß festgehalten werden, weil sie geeignet ist, gerade im jetzigen Augenblick Klarheit zu schaffen über die Partei des Wiederaufbaues.

Schon jetzt zeigt sich aber, daß der Versuch Trimborns, mit den Rechtsparteien unter Einschluß der bayerischen christlichen Volkspartei eine Regierung zu bilden, die alten Koalitionsparteien, die Rechtssozialisten und Demokraten, veranlaßt, ihre grundsätzliche Stellung zu verlassen, um nur ja den Anschluß an die neue Regierung nicht zu veräumen. Die Demokraten haben vom ersten Augenblick an nur so getan, als ob es sie Ueberwindung koste, mit der stammten Monarchistenpartei Stresemanns in einer Regierung zu sitzen; sie wollten aber auch ihren Wählern gegenüber eine sogenannte Anstandsfrist verstreichen lassen und so etwas wie Opposition mimen. Und die „aufrechten“ Rechtssozialisten haben ihren Umfall schon vollzogen, indem sie dem Beschluß vom Sonntag, der kaum vierundzwanzig Stunden alt war, eine ganz andre Deutung geben, als die Konferenz es gewollt hat. Die